

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Union

149. Versammlung der Interparlamentarischen Union vom 12. bis 17. Oktober 2024 in Genf, Schweiz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Teilnehmende der Delegation des Deutschen Bundestages	3
2 Schwerpunkte der Jahrestagung	3
3 Generaldebatte zum Thema: „Erschließung von Wissenschaft, Technologie und Innovation für eine friedlichere und nachhaltige Zukunft“	4
4 Dringlichkeitstagesordnungspunkt.....	4
5 Ständige Ausschüsse.....	5
6 Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentarierinnen und Parlamentariern.....	6
7 Forum der Parlamentarierinnen	6
8 Forum der jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier	6
9 Side Events und weitere Veranstaltungen.....	7
10 Vereinigung der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre der Parlamente (ASGP)	7
11 Zukünftige Versammlungen der IPU	7
12 Verabschiedete Erklärungen und Entschlüsse	8
12.1 Erklärung von Genf: Erschließung von Wissenschaft, Technologie und Innovation (WTI) für eine friedlichere und nachhaltigere Zukunft	8
12.2 Entschließung zum Dringlichkeitstagesordnungspunkt: „Stellungnahme der Parlamentarier zum dringenden Appell des UN-Generalsekretärs, sich für globalen Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit auf den Multilateralismus rückzubesinnen“	10

	Seite
12.3 Entschließung des Ausschusses für Demokratie und Menschenrechte: „Auswirkungen von künstlicher Intelligenz auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit“	12
12.4 Appell des Ausschusses zur Förderung der Achtung des humanitären Völkerrechts	15
13 Reden der Delegationsmitglieder	15
13.1 Rede des Abgeordneten Axel Schäfer (SPD) am 15. Oktober 2024.....	15
13.2 Rede des Abgeordneten Ulrich Lechte (FDP) am 16. Oktober 2024.....	16
13.3 Rede des Abgeordneten Nicolaus Zippelius (CDU/CSU) am 16. Oktober 2024.....	17

1 Teilnehmende der Delegation des Deutschen Bundestages

Die 149. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) fand vom 12. bis 17. Oktober 2024 in Genf, Schweiz, statt. Der Deutsche Bundestag entsandte folgende Delegationsmitglieder:

Abgeordneter Volkmar Klein (CDU/CSU), Delegationsleiter,

Abgeordneter Andreas Larem (SPD),

Abgeordneter Axel Schäfer (SPD),

Abgeordnete Bettina Lugk (SPD),

Abgeordneter Nicolas Zippelius (CDU/CSU),

Abgeordneter Ottmar von Holtz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordneter Ulrich Lechte (FDP),

Abgeordneter Dr. Malte Kaufmann (AfD).

2 Schwerpunkte der Jahrestagung

An der 149. Versammlung der IPU in Genf, Schweiz, haben 631 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 129 Mitgliedsparlamenten sowie Vertreterinnen und Vertreter assoziierter Organisationen teilgenommen. Unter den Teilnehmenden waren 53 Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten sowie 36 stellvertretende Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten. Insgesamt gehörten 224 Parlamentarierinnen den verschiedenen Delegationen an, was einem Frauenanteil von 36,4 Prozent entspricht. Die Versammlung ist von der Präsidentin der IPU, **Dr. Tulia Ackson** (Tansania), geleitet worden. Diese erntete viel Kritik, insbesondere seitens der geopolitischen Gruppe der Zwölf Plus, der die deutsche Delegation angehört, für ein Treffen mit dem russischen Präsidenten Putin. Im Juli 2024 war bekannt geworden, dass Präsidentin Dr. Ackson am parlamentarischen Forum der BRICS-Staaten in Sankt Petersburg teilgenommen hat, wo sie auch Präsident Putin zu einem Gespräch getroffen hatte, das in russischen und tansanischen Medien als Gespräch zwischen Russlands Präsidenten und der IPU-Präsidentin gefeiert wurde. Mitglieder der Zwölf Plus-Gruppe forderten von der IPU-Präsidentin eine Stellungnahme sowie einen Bericht über diese Reise, was sie jedoch mit Hinweis auf eine beabsichtigte Reise in die Ukraine und ein dort geplantes Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskij ablehnte.

Die weltweiten Krisen- und Kriegsherde waren Themen der Versammlung. Unter Federführung der Delegationen aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland sowie der Niederlande und mit Unterstützung diverser Mitglieder der geopolitischen Gruppe der Zwölf Plus wurde ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, der mit Bezug auf eine Rede des VN-Generalsekretärs weltweiten Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit fordert. Zur Abstimmung über einen Dringlichkeitsantrag standen schließlich vier Vorschläge, wobei der genannte die erforderliche Zweidrittelmehrheit sowie die meisten Stimmen erlangte, so dass er auf die Tagesordnung der IPU-Versammlung gesetzt und eine Entschließung hierzu angenommen wurde.

Die Versammlung widmete sich in der Generaldebatte dem Thema „Erschließung von Wissenschaft, Technologie und Innovation für eine friedlichere und nachhaltigere Zukunft“. Angesichts des raschen technologischen Fortschritts werde die Rolle von Wissenschaft, Technologie und Innovation für die Gestaltung unserer Zukunft so wichtig wie nie zuvor. Parlamenten komme die Aufgabe zu, den Menschen in den Mittelpunkt der Politikgestaltung zu stellen und für eine gewissenhafte und nutzbringende Verwendung von neuen Technologien zu sorgen. Auch müssten Parlamente die Grundlagen für einen effektiven Dialog und Austausch zwischen Wissenschaftlern, Forschern, politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit schaffen. Für die Bundestagsdelegation sprachen die Abgeordneten **Axel Schäfer** (SPD) und **Nicolas Zippelius** (CDU/CSU). Im Ständigen Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte wurde die Entschließung „Auswirkungen von künstlicher Intelligenz auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit“ angenommen.

Im Rahmen einer Sonderdebatte zur Umsetzung von IPU-Beschlüssen sprach Abgeordneter **Ulrich Lechte** (FDP) über die steigende Zahl an Flüchtlingen aufgrund von weltweiten Kriegs- und Krisenherden. Er forderte größere Anstrengungen, die weltweit circa 120 Millionen Flüchtlinge mit humanitärer Hilfe zu unterstützen und appellierte an die wirtschaftlich starken Länder, ihr Engagement für humanitäre Hilfe und den Kampf gegen den Hunger beträchtlich zu erhöhen.

Abgeordneter **Andreas Larem** (SPD) wurde für die geopolitische Gruppe der Zwölf Plus in den Vorstand des Ständigen Ausschusses für die Angelegenheiten der Vereinten Nationen gewählt.

Zum dritten Mal wurde von der IPU-Versammlung der Cremer-Passy-Preis vergeben, der an die Gründungsväter der IPU, William Randal Cremer aus Großbritannien und Frédéric Passy aus Frankreich, erinnert. Der Preis wird an Parlamentarier verliehen, die einen herausragenden Beitrag zur Verteidigung und Förderung der Ziele der IPU leisten, sowie an diejenigen, die zu einer geeinteren, faireren, sichereren, nachhaltigeren und gerechteren Welt beitragen. Den diesjährigen Cremer-Passy-Preis erhielt **Dr. Haroun Kabadi**, ehemaliger Präsident der Nationalversammlung des Tschad (2011 bis 2021) und derzeitiger Sprecher des Nationalen Übergangsrates des Tschad, der die Rolle des gesetzgebenden Organs bei der Rückkehr des Landes zur verfassungsmäßigen Ordnung übernimmt, in Anerkennung seiner außergewöhnlichen Arbeit zur Förderung von Frieden und Sicherheit.

Die geopolitische Gruppe der Zwölf Plus kam zu insgesamt fünf Sitzungen zusammen, in denen die Mitglieder insbesondere über die zur Abstimmung eingebrachten Dringlichkeitsanträge und den zur Beschlussfassung anstehenden Entschließungsentwurf diskutierten. In einer Feierstunde wurde außerdem mit Festreden das fünfzigjährige Bestehen der Zwölf Plus-Gruppe begangen.

Eine Kurzzusammenfassung der Ergebnisse der 149. Versammlung der IPU sowie die während der Versammlung verabschiedeten Dokumente sind unter dem folgenden Link abrufbar: Website-IPU.org

3 Generaldebatte zum Thema: „Erschließung von Wissenschaft, Technologie und Innovation für eine friedlichere und nachhaltige Zukunft“

In der Generaldebatte der 149. IPU-Versammlung, an der sich 143 Parlamentarierinnen und Parlamentarier beteiligten, bekräftigten die Teilnehmenden, Wissenschaft, Technologie und Innovation (WTI) zu nutzen, um die dringenden globalen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen und Frieden, nachhaltige Entwicklung sowie Menschenrechte fördern zu können. Vom Transformationspotenzial der künstlichen Intelligenz und dem zwingend notwendigen Kampf gegen den Klimawandel über die anhaltende digitale Kluft bis hin zu den ethischen Herausforderungen, die neu aufkommende Technologien mit sich brächten, verwiesen die vielfältigen Chancen, Herausforderungen und Risiken, denen man sich gegenüber sehe, auf die dringende Notwendigkeit für Parlamente, kollektive und zukunftsorientierte Maßnahmen zu ergreifen, die auf gemeinsamen ethischen Maßstäben in Sachen Entwicklung und Governance von WTI beruhten. Besonderes Augenmerk müsse auf die Lage von Frauen, Jugendlichen und Bevölkerungsgruppen in schutzbedürftigen oder marginalisierten Situationen gelegt werden, die im digitalen Zeitalter drohten, auf der Strecke zu bleiben. Man wolle sich insbesondere dafür einsetzen, die stärkere Einbindung von Frauen und Jugendlichen in WTI zu fördern, darunter in den Bereichen Bildung, öffentliche Gesundheit, Forschung und Steuerung technologischer Innovation, sowie die wirksame Umsetzung von geschlechtergerechten und jugendfreundlichen WTI-Strategien zu gewährleisten.

Abgeordneter **Axel Schäfer** (SPD) erwähnte in seinem Beitrag zunächst den brutalen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und erinnerte an die Werte, für die die IPU stehe: Demokratie und Weltfrieden. Aktuell gebe es allerdings mit 56 Kriegen und 115 Millionen Flüchtenden so viele wie noch nie und die Welt stehe vor einer globalen Klimakrise. Er kritisierte, dass dennoch viele Staaten eigene nationale Interessen in den Mittelpunkt ihrer Politik stellten.

Abgeordneter **Nicolaus Zippelius** (CDU/CSU) sprach in der Generaldebatte als junger Abgeordneter zu den Delegierten. Er forderte von den Staaten einen freien, offenen und sicheren Zugang zum Internet für ihre Bürger, um ihnen Innovationkraft, Bildung, Zugang zu Gesundheitswesen und Wirtschaftsoportunitäten zu ermöglichen.

4 Dringlichkeitstagesordnungspunkt

Insgesamt wurden sechs Anträge für einen Dringlichkeitstagesordnungspunkt eingereicht:

- „Aufruf zur Verurteilung der Raketenangriffe der Islamischen Republik Iran auf Israel“, eingereicht von Israel
- „Durchsetzung der Entschließung ES-10/24 der VN-Generalversammlung und Gewährleistung der Rechenschaftspflicht“, eingereicht von Palästina und der arabischen Gruppe
- „Stellungnahme der Parlamentarier zum dringenden Appell des VN-Generalsekretärs, sich für globalen Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit auf den Multilateralismus zurückzubedenken“, eingereicht von Frankreich, Großbritannien, Deutschland, den Niederlanden und Kanada
- „Die Sicherheit und humanitäre Lage im Osten der Demokratischen Republik Kongo“, eingereicht von der Demokratischen Republik Kongo

- „Mobilisierung von Parlamentariern für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, um Risiken, Leiden und Folgen zu vermeiden“, eingereicht von Argentinien, Chile, Peru, Mexiko, Brasilien und Guyana
- „Die Verschlechterung der humanitären Lage in Gaza und Libanon“, eingereicht von der Islamischen Republik Iran

Alle sechs Vorschläge wurden von den jeweiligen Initianten in der Versammlung vorgestellt, wobei die Delegierten aus vielen arabischen Ländern während der Vorstellung des israelischen Vorschlags durch dessen Delegationsleiter, **Dan Illouz**, unter lauten Protestrufen den Sitzungssaal verließen. Nach der Vorstellung ihrer Anträge zogen Israel und Iran ihre Vorschläge zurück. Anschließend stimmte die Versammlung über die vier verbliebenen Vorschläge ab. Schließlich erlangten die Anträge von Frankreich, Großbritannien, Deutschland, den Niederlanden und Kanada sowie von Argentinien, Chile, Peru, Mexiko, Brasilien und Guyana die erforderliche Zweidrittelmehrheit, wobei der Antrag von Frankreich, Großbritannien, Deutschland, den Niederlanden und Kanada die höhere Zahl der Stimmen auf sich vereinigen konnte. So wurde dieser in der IPU-Versammlung debattiert. Um einen Entschließungsentwurf anhand des angenommenen Vorschlags zu erarbeiten, setzte die IPU-Versammlung einen Redaktionsausschuss ein, für den die geopolitische Gruppe der Zwölf Plus den deutschen Delegationsleiter Abgeordneten **Volkmar Klein** (CDU/CSU) benannte. Neben ihm entsandte die Zwölf Plus-Gruppe die Abgeordnete **Michelle Rempel Garner** (Kanada) in den Redaktionsausschuss, die zu dessen Vorsitzenden gewählt wurde. Weitere Mitglieder des Redaktionsausschusses waren Abgeordnete aus Australien, der Islamischen Republik Iran, dem Tschad, Burkina Faso, Palästina, Jordanien, Russland, Argentinien und Mexiko. Nach langen Verhandlungen einigten sich die Mitglieder des Gremiums auf einen Entschließungstext für den Dringlichkeitsantrag, der der IPU-Versammlung vorgelegt wurde und die diesen letztlich einvernehmlich annahm.

5 Ständige Ausschüsse

Im **Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit** war der Deutsche Bundestag durch den Abgeordneten **Ottmar von Holtz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vertreten. In seiner ersten Sitzung am 14. Oktober 2024 hielt der Ausschuss zwei aufeinanderfolgende Podiumsdiskussionen ab. Die erste befasste sich mit der Rolle der Parlamentarier bei der Verhütung von Konflikten um natürliche Ressourcen. Die Ausschussmitglieder betonten die Bedeutung demokratischer Prozesse, eines gerechten Zugangs und internationaler Zusammenarbeit, um Konflikte um natürliche Ressourcen zu verhindern. Zu den wichtigsten Punkten gehörten die Notwendigkeit eines nachhaltigen Lebensstils, technologische Fortschritte wie Recycling und die Rolle der Parlamentarier bei der Förderung des Dialogs. Es wurden Vorschläge für Klima-Aktionsausschüsse und für die Stärkung der Rolle der Frauen im Ressourcenmanagement gemacht. Die zweite Podiumsdiskussion befasste sich mit der Rolle der Parlamentarier bei der nuklearen Sicherheit. Hieran nahmen Experten der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (INTERPOL) teil, moderiert wurde sie vom Wiener Zentrum für Abrüstung und Nichtverbreitung (VCDNP). Die Experten betonten die entscheidende Rolle der Parlamentarier bei der Schaffung von Gesetzen zum Schutz vor dem Missbrauch von Kernmaterial. Während die Öffentlichkeit das Wort „Nuklear“ oft mit Waffen assoziiert, hob die Diskussion die friedlichen Anwendungen der Nukleartechnologie im Gesundheitswesen und in der Landwirtschaft hervor sowie die Notwendigkeit für Parlamentarier, das Bewusstsein für diese Vorteile zu schärfen und gleichzeitig vor Risiken zu schützen. Die internationale Zusammenarbeit und die Ratifizierung wichtiger Verträge waren zentrale Themen. Die Ausschussmitglieder forderten bessere rechtliche Rahmenbedingungen und eine stärkere Zusammenarbeit. Auch die Koordinierung der Strafverfolgung und die Einbeziehung der Öffentlichkeit wurden als notwendige Bestandteile einer umfassenden nuklearen Sicherheit hervorgehoben. In seiner Sitzung am 16. Oktober 2024 veranstaltete der Ausschuss eine Expertenanhörung zum Thema „Die Rolle der Parlamente bei der Förderung einer Zwei-Staaten-Lösung in Palästina“, was als Entschließungsentwurf für die nächste IPU-Versammlung vorbereitet wird. Die Ausschussmitglieder betonten die Notwendigkeit einer umfassenden, integrativen IPU-Entschließung, in der eine Zwei-Staaten-Lösung zur Beendigung des Konflikts und zur Gewährleistung von Sicherheit und Gleichheit für Israelis und Palästinenser gefordert werde. Es wurde betont, wie wichtig die internationale Unterstützung sei. In der Diskussion wurden verschiedene Vorschläge zur Förderung von Frieden und Stabilität im israelisch-palästinensischen Konflikt gemacht, darunter die Beendigung der israelischen Siedlungsexpansion, die Legitimierung der palästinensischen Autonomiebehörde und die Förderung der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Die Bedeutung des Völkerrechts und die Rolle der Parlamente bei der Förderung des Friedens wurden ebenso hervorgehoben wie die Forderung nach Anerkennung Palästinas als Staat und die Betonung der Rolle der Frauen bei der Friedenskonsolidierung. Obwohl die Meinungen über die Zwei-Staaten-Lösung auseinander gingen, sprachen sich die meisten für eine friedliche und demokratische Verhandlungslösung aus.

Der **Ausschuss für nachhaltige Entwicklung** veranstaltete drei Podiumsdiskussionen. Die erste Podiumsdiskussion trug den Titel „Parlamentarische Strategien zur Abschwächung der langfristigen Auswirkungen von Konflikten, einschließlich bewaffneter Konflikte, auf die nachhaltige Entwicklung“, was dem Titel der Entschließung entspricht, die dem Ausschuss auf seiner nächsten Sitzung im April 2025 vorgelegt werden soll. In der zweiten Podiumsdiskussion wurde der Entwurf des Ergebnisdokuments des Parlamentarischen Treffens, das aus Anlass der Weltklimakonferenz (COP29) in Baku/Aserbaidschan stattfinden wird, vorgestellt. Die dritte Podiumsdiskussion befasste sich mit der Rolle der Parlamente bei der Verhinderung von Steuervermeidung durch Unternehmen und der Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung. Die Podiumsteilnehmer betonten die wichtige Rolle der Parlamentarier, von der Mobilisierung inländischer Ressourcen über die Zusammenarbeit mit den Steuerbehörden bis hin zur Aufklärung der Bürger über die Bedeutung von Steuern für öffentliche Dienstleistungen und nachhaltige Entwicklung.

Im **Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte** war der Deutsche Bundestag durch die Abgeordneten **Axel Schäfer** (SPD) und **Nicolaus Zippelius** (CDU/CSU) vertreten. Der Ausschuss beriet den Entschließungsentwurf „Die Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit“, zu der 194 Änderungsanträge aus 26 Mitgliedsparlamenten eingegangen waren. Die vom Deutschen Bundestag eingebrachten Änderungsvorschläge wurden mehrheitlich angenommen und fordern insbesondere einen stärkeren Schutz von Frauen, Mädchen sowie Menschen mit Behinderungen. In der Entschließung werden neben den Chancen, die die künstliche Intelligenz bietet, auch deren Risiken für Demokratie, Menschenrechte und den Rechtsstaat thematisiert. Es sei wichtig, einen globalen regulatorischen Rahmen zu schaffen, der die künstliche Intelligenz für die Menschen nutzbar mache und gleichzeitig deren Risiken einschränke. Die IPU-Versammlung nahm den Entschließungstext ohne Gegenstimmen an. Der Ausschuss beschloss außerdem das Thema des nächsten Entschließungsentwurfs „Die Rechte und die politische Vertretung von Menschen mit Behinderungen“.

Im **Ausschuss für die Angelegenheiten der Vereinten Nationen** war der Deutsche Bundestag durch den Abgeordneten **Andreas Larem** (SPD) vertreten. Der Ausschuss veranstaltete zwei Paneldiskussionen, eine zur Finanzierung des Systems der Vereinten Nationen und eine weitere über die Ratifizierungen und das Inkrafttreten von VN-Verträgen. Abgeordneter Larem wurde in den Vorstand des Ausschusses gewählt. In seiner Antrittsrede hob er die deutschen Leitlinien feministischer Außenpolitik hervor und mahnte Reformen des VN-Sicherheitsrates an.

6 Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentarierinnen und Parlamentariern

Der Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentarierinnen und Parlamentariern beschäftigte sich mit Menschenrechtsverletzungen an insgesamt 395 Abgeordneten, die 103 Parlamentarierinnen und 292 Parlamentarier in 14 Ländern betrafen. Die IPU widmet sich dieser Problematik mit einem eigenen Ausschuss, da Menschenrechtsverletzungen eine erhebliche Gefahr für die Demokratie darstellten. Dies umso mehr, wenn sie gegen Menschen begangen würden, die vom Volk gewählt wurden. Die Mitglieder der IPU müssten die Rechte der gefährdeten Parlamentarier stärker verteidigen und Solidarität zeigen. Der Ausschuss forderte, diesen über jede parlamentarische oder persönliche Initiative in diesem Bereich zu informieren und sicherte die notwendige Unterstützung zu. Der Bericht des Ausschusses wurde dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages zugeleitet. Mehr Informationen zu den einzelnen Fällen und zur Arbeit des IPU-Ausschusses sind unter folgendem Link zu finden: Webseite-IPU-MR-Parlamentarier.org

7 Forum der Parlamentarierinnen

Das Forum der Parlamentarierinnen widmete sich insbesondere dem Entschließungsentwurf, der auf der Versammlung verabschiedet wurde. Dieser wurde aus geschlechtsspezifischer Perspektive beraten. Das Forum schlug dem Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte daraufhin drei Änderungen vor, die schließlich in die Entschließung aufgenommen wurden.

8 Forum der jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Die jungen Abgeordneten bilanzierten die Entwicklungen im Bereich der Förderung junger Parlamentarier und Parlamentarierinnen. So wurde in der Sitzung der jüngste Bericht der IPU zur Jugendbeteiligung in den nationalen Parlamenten vorgestellt. Demnach seien dringend weitere Maßnahmen erforderlich, um den Anteil junger Abgeordneter zu erhöhen. Das Engagement für die IPU-Kampagne „Ich sage Ja zur Jugend im Parlament!“ mit den dort geforderten Lösungen zur Verbesserung der Jugendbeteiligung, wie Quoten, Senkung des Wählbarkeitsalters, Jugendausschüsse, Schulungen für junge Abgeordnete, Mentoring für Anwärter und Lobbyarbeit, wurde bestärkt.

Auch das Forum der jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier beriet über den Entschließungsentwurf und übermittelte seine Änderungsvorschläge an den Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte.

9 Side Events und weitere Veranstaltungen

Auf einer Podiumsdiskussion zum Thema „Gemeinsame Grundsätze – Parlamentarische Entwicklung als Schutz vor demokratischen Rückschritten“ wurden die jüngsten Tendenzen zu demokratischen Rückschritten auf der ganzen Welt erörtert und man diskutierte, wie die parlamentarische Entwicklung verbessert werden könne, um die Widerstandsfähigkeit der Parlamente gegen Rückschritte zu stärken.

In einem Workshop über die parlamentarische Führungsrolle in der Abrüstung wurde diskutiert, wie Parlamente das durch die Verbreitung von Waffen verursachte menschliche Leid verhindern und lindern könnten.

Bei einem von IPU und der Weltgesundheitsorganisation gemeinsam ausgerichteten Workshop diskutierten die Teilnehmenden die Rolle der Parlamente bei der Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit.

In einem weiteren Workshop wurden die Anstrengungen zur Bekämpfung von Kinderarbeit und Zwangsarbeit erörtert.

10 Vereinigung der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre der Parlamente (ASGP)

Parallel zu der Tagung der IPU kam die ASGP zusammen. Die Vereinigung ist nach Artikel 29 der IPU-Satzung ein beratendes Gremium der Interparlamentarischen Union. Ziel der Vereinigung ist es, den Kontakt und die Zusammenarbeit zwischen den Generalsekretären (Direktoren) der Parlamente zu stärken und zwar unabhängig davon, ob das Parlament Mitglied in der IPU ist.

An den Sitzungen der ASGP in Genf nahm in Vertretung des Direktors beim Deutschen Bundestag Ministerialdirektorin Dr. Silke Albin, Abteilungsleiterin Außenbeziehungen, Europa und Analyse, teil. In den Vorträgen und Diskussionen der ASGP ging es unter anderem um Kompetenzkonflikte zwischen parlamentarischen Ausschüssen, die Regeln und Verfahren bei Reisen von Abgeordneten sowie die Risiken und Möglichkeiten des Einsatzes künstlicher Intelligenz für Parlamentsverwaltungen. Frau Dr. Albin moderierte ein Panel, in dem es um Möglichkeiten einer Beteiligung der Bürger an der direkten Demokratie durch das Parlament ging und in dessen Rahmen sie über das Potential von Bürgerräten für Parlamente sprach und die Erfahrungen mit dem ersten Bürgerrat des Deutschen Bundestages vorstellte.

11 Zukünftige Versammlungen der IPU

Die 150. Versammlung der IPU wird vom 4. bis 9. April 2025 in Taschkent, Usbekistan, stattfinden. Die 151. Versammlung wird vom 18. bis 23. Oktober 2025 in Genf, Schweiz, abgehalten.

Berlin, den 16. Dezember 2024

Volkmar Klein
Delegationsleiter

12 Verabschiedete Erklärungen und Entschlüsse

12.1 Erklärung von Genf: Erschließung von Wissenschaft, Technologie und Innovation (WTI) für eine friedlichere und nachhaltigere Zukunft

verabschiedet von der 149. Versammlung der IPU (Genf, 17. Oktober 2024)

Auf der 149. IPU-Versammlung im schweizerischen Genf sind wir, Parlamentarier aus der ganzen Welt, zusammengetroffen und bekräftigen unser Eintreten für die Erschließung von Wissenschaft, Technologie und Innovation (WTI), um die dringenden globalen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen und Frieden, nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte fördern zu können.

Wir kommen zu einem Zeitpunkt beispiellosen technologischen Fortschritts und nie dagewesener Vernetzung zusammen. Vom Transformationspotenzial der künstlichen Intelligenz und dem zwingend notwendigen Kampf gegen den Klimawandel über die anhaltende digitale Kluft bis hin zu den ethischen Herausforderungen, die neu aufkommende Technologien mit sich bringen, verweisen die vielfältigen Chancen, Herausforderungen und Risiken, denen wir uns gegenüber sehen, auf die dringende Notwendigkeit für die Parlamente, kollektive und zukunftsorientierte Maßnahmen zu ergreifen, die auf gemeinsamen ethischen Maßstäben in Sachen Entwicklung und Governance von WTI beruhen. Wir weisen darauf hin, dass einige Staaten bereits mutige Entscheidungen getroffen haben, um bestimmte menschenverachtende technologisch fortschrittliche Waffen frühzeitig zu verbieten, womit sie einen Präzedenzfall für gute Praxis geschaffen haben. Die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, machen ein weltweites gemeinsames Engagement zur Nutzung von WTI für das Gemeinwohl erforderlich.

Wir beschließen diese Versammlung in Anerkennung des Potenzials von WTI, wenn diese sich von ethischen Grundsätzen und inklusiver Regierungsführung leiten lassen, als wirksames Werkzeug zur Vertrauensbildung, zur Förderung der Zusammenarbeit, zur Überwindung von Unterschieden und zur Stärkung des Beitrags von Parlamenten und deren Abgeordneten zum Aufbau einer friedlicheren, gerechteren und nachhaltigeren Welt. Wir begrüßen die Arbeit der IPU bei der Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit in Fragen rund um WTI und verpflichten uns, diese Bemühungen fortzusetzen und auszuweiten.

Mit Genugtuung stellen wir fest, dass die Themen Wissenschaft, Technologie und Innovation von den wichtigen Selbstverpflichtungen geprägt sind, die im September 2024 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen wurden, nämlich dem Pakt für die Zukunft, der Initiative „Global Digital Compact“ und der Erklärung über künftige Generationen. Wir sind entschlossen, bei der Umsetzung dieser Verpflichtungen eng mit den Exekutiven unserer Regierungen, dem System der Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten.

Als Vertreterinnen und Vertreter des Volkes wissen wir Parlamentarier genau um unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass alle Teile der Gesellschaft von den Vorzügen der WTI profitieren, um die technologische Kluft zwischen und innerhalb von Nationen, Gemeinschaften, Geschlechtern und Generationen zu überbrücken und Konsens darüber zu erreichen, wie sich die mit dem rasanten technologischen Wandel einhergehenden Herausforderungen bewältigen lassen.

Wir sind uns bewusst, dass Parlamentarier über die einzigartige Möglichkeit verfügen, ethische Rahmenbedingungen für die WTI-Governance zu erarbeiten und umzusetzen sowie sicherzustellen, dass wissenschaftlicher und technologischer Fortschritt mit menschenrechtlichen Normen und gesellschaftlichen Werten in Einklang steht und zum Wohlergehen aller beiträgt.

Die Parlamente müssen sich den komplexen Herausforderungen einer sich rasch verändernden und zunehmend vernetzten Welt stellen und mit strategischer Weitsicht vorgehen, um künftigen Entwicklungen, Chancen und Risiken möglichst einen Schritt voraus sein zu können. Den Parlamenten kommt eine wichtige Rolle zu, wenn es darum geht, rechtsverbindliche Grenzen zu setzen, Mechanismen der Rechenschaftspflicht einzurichten und den Einsatz von Technologien zu verhindern, die Menschenrechte verletzen, Ungleichheiten verschärfen oder die Rechtsstaatlichkeit und demokratische Prozesse untergraben.

Besonderes Augenmerk müssen wir auf die Lage von Frauen, Jugendlichen und Bevölkerungsgruppen in schutzbedürftigen oder marginalisierten Situationen legen, die im digitalen Zeitalter auf der Strecke zu bleiben drohen, und die zentrale Rolle anerkennen, die sie bei der Gestaltung der Zukunft von WTI spielen können und sollten. Wenn es darum geht, alle Bereiche der Gesellschaft zur Teilhabe am technologischen Fortschritt zu befähigen und davon zu profitieren, kommt parlamentarischem Handeln eine ausschlagende Bedeutung zu. Die Parlamente

müssen die spezifischen Bedürfnisse dieser Gruppen berücksichtigen, indem sie integrative technologische Lösungen einbeziehen, die gleichzeitig die Würde wahren, Rechte einhalten, die Exposition gegenüber digitalen Risiken begrenzen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie ihr soziales und wirtschaftliches Potenzial ausschöpfen können.

Wir setzen uns insbesondere dafür ein, die stärkere Einbindung von Frauen und Jugendlichen in WTI zu fördern, darunter in den Bereichen Bildung, öffentliche Gesundheit, Forschung und Steuerung technologischer Innovation, und die wirksame Umsetzung von geschlechtergerechten und jugendfreundlichen WTI-Strategien zu gewährleisten, indem wir sicherstellen, dass in technologische Entwicklungsprozesse unterschiedliche Perspektiven einfließen, die die gleichberechtigte und wirksame Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen garantieren.

Wir bekräftigen unser Engagement für eine evidenzbasierte und effiziente Politikgestaltung sowie für die Pflege einer Kultur der wissenschaftlichen Forschung und Innovation. Wir fordern alle Staaten mit Nachdruck auf, in Forschung und Entwicklung zu investieren, die internationale Wissenschaftsdiplomatie zu fördern und die globalen Standards für verantwortungsvolle Innovation einzuhalten. Wir plädieren für eine verstärkte Einbeziehung wissenschaftlichen Know-hows in parlamentarische Entscheidungsprozesse als einen grundlegenden Mechanismus zur Bewältigung anspruchsvollster globaler Herausforderungen.

Wir wissen um die enge Verzahnung zwischen WTI, Entwicklung und Frieden. Die ethische und umfassende Anwendung von WTI ist entscheidend für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele, den Aufbau widerstandsfähiger Gesellschaften und die Stärkung der Rechenschaftspflicht. Demgegenüber kann der Missbrauch von oder ungleiche Zugangsmöglichkeiten zu Technologie bestehende Ungleichheiten und Konflikte verschärfen oder gar neue hervorbringen.

Wir sollten unser Hauptaugenmerk darauf richten, WTI zur Bekämpfung der tieferliegenden Ursachen globaler Herausforderungen zu nutzen, die häufig das Resultat sozioökonomischer Ausgrenzung, Ungleichheit, Diskriminierung, Umweltzerstörung und fehlenden Zugangs zu Bildung sind. Besonders sollten wir uns darauf konzentrieren, Technologien zur Verbesserung der menschlichen Sicherheit einzusetzen, wozu der Schutz der Bürgerinnen und Bürger durch die Erfüllung von Grundbedürfnissen wie Ernährungssicherheit, Gesundheitsversorgung, Unterkunft, Bildung – einschließlich Medienkompetenz –, politische Sicherheit, ökologische Nachhaltigkeit oder Klimaschutz gehört. Daneben lassen sich mithilfe von WTI die Auswirkungen von Naturkatastrophen und Gefahren für die öffentliche Gesundheit besser vorhersehen und abmildern.

Wir müssen die potenziellen Risiken und Herausforderungen neuer Technologien stets im Auge behalten und die notwendigen und präventiven Maßnahmen ergreifen, um negative Auswirkungen abzumildern, verantwortungsvolle Innovationen zu fördern und die Einhaltung internationaler Standards und ethischer Grundsätze zu gewährleisten. In diesem Sinne erkennen wir die Bedeutung einer ethischen KI-Entwicklung, der Cybersicherheit und des Schutzes der digitalen Privatsphäre an, um die friedliche Nutzung von Technologie auf der Grundlage der Menschenrechte zu gewährleisten. Insbesondere sehen wir uns verpflichtet, für eine sichere Online-Umgebung zu sorgen, um Belästigung, Mobbing und Cyberkriminalität zu verhindern, namentlich geschlechtsspezifischer Art. Besondere Aufmerksamkeit gilt zielgerichteten politischen und Regulierungsmaßnahmen gegen die Verbreitung von Fake News, Desinformation und KI-generierten Inhalten, die Hassreden verbreiten, da diese das öffentliche Vertrauen untergraben und den sozialen Zusammenhalt gefährden können.

Die heutigen technologischen Herausforderungen überwinden Grenzen und erfordern ein gemeinsames Vorgehen auf globaler Ebene. Als Parlamentarier sind wir uns einig darüber, wie sehr es in Sachen WTI-Governance auf internationale Zusammenarbeit ankommt. Nur durch gemeinsame Anstrengungen und die Einhaltung ethischer Standards können wir die WTI-Kluft zwischen und innerhalb von Nationen überbrücken, zunehmende technologische Risiken eindämmen, digitale Solidarität aufbauen, die gemeinsame Sicherheit und das Vertrauen stärken, um Spannungen abzubauen, dauerhafte Lösungen finden, um ein gemeinsames Gefühl von Sicherheit und Wohlstand im digitalen Zeitalter zu schaffen, und die weltweite Zusammenarbeit und den Austausch bei der Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und damit verbundener technologischer Innovationen stärken.

Wir bekräftigen unser Engagement für den interparlamentarischen Dialog und die Zusammenarbeit im Bereich WTI. Wir unterstreichen die einzigartige Rolle der IPU bei der Förderung länderübergreifender parlamentarischer Zusammenarbeit in WTI-Fragen. Wir begrüßen die Annahme der IPU-Charta für die Ethik in Wissenschaft und Technologie und der IPU-Resolution zu den Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Darüber hinaus würdigen wir die Berichte, Empfehlungen und Leitlinien zur digitalen Transformation und KI, die vom IPU-Zentrum für Innovation im Parlament erarbeitet wurden, einschließlich des World e-Parliament Report 2024. Unser Anspruch ist, uns für die Umsetzung dieser neuen Standards einzusetzen.

Wir geloben, diese Erklärung in unsere eigenen Parlamente mitzunehmen, die Ergebnisse unserer gemeinsamen Arbeit unseren nationalen Behörden zu übermitteln und danach zu streben, ihre Grundsätze im Wege legislativer, haushaltspolitischer und Aufsichtsmaßnahmen umzusetzen.

Als Parlamentarier verpflichten wir uns, den Weg zu einer gerechteren, nachhaltigeren und technologisch fortschrittlicheren Welt zu ebnen, indem wir informierten, inklusive und innovative Konzepte in Bezug auf WTI-Governance in Angriff nehmen. Daher geloben wir, einzeln und gemeinsam, alles daran zu setzen, um die Macht von Wissenschaft, Technologie und Innovationen zum Wohle der gesamten Menschheit und zur Erhaltung unseres Planeten zu nutzen.

12.2 Entschließung zum Dringlichkeitstagesordnungspunkt: „Stellungnahme der Parlamentarier zum dringenden Appell des UN-Generalsekretärs, sich für globalen Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit auf den Multilateralismus rückzubesinnen“

von der 149. Versammlung der IPU einstimmig angenommene Entschließung (Genf, 17. Oktober 2024)

Die 149. Versammlung der Interparlamentarischen Union,

tief besorgt über die Worte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, António Guterres, auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 24. September 2024: „Unsere Welt schaut einem Wirbelsturm ins Auge. Wir leben in einem Zeitalter epischer Umbrüche und stehen vor Herausforderungen, wie wir sie noch nie erlebt haben – Herausforderungen, die globale Lösungen erfordern. Dennoch vertiefen sich die geopolitischen Gräben immer weiter. Der Planet heizt sich zunehmend auf. Es wüten Kriege, deren Ausgang völlig ungewiss ist. Zudem werfen nukleare Aufrüstung und neuartige Waffen dunkle Schatten. Wir steuern auf das Unvorstellbare zu – ein Pulverfass, das die Welt zu verschlingen droht“, so ein Wiederhall seiner warnenden Worte vom 20. September 2022 schon zwei Jahre zuvor, als er seiner wachsenden Verzweiflung über den Zustand der Welt Ausdruck verlieh: „Unsere Welt ist in Gefahr. Gräben vertiefen sich, die Ungleichheiten verschärfen sich, die Herausforderungen überschlagen sich ... Wir brauchen Hoffnung ... Wir brauchen Maßnahmen, überall“,

in großer Sorge, dass der UN-Generalsekretär in den vergangenen Jahren zudem immer wieder geschildert hat, dass internationale Maßnahmen zur Bewältigung immenser Herausforderungen „als Geisel inmitten geopolitischer Spannungen durch Funktionsunfähigkeit zum Stillstand verurteilt sind“,

in vollem Verständnis für die Sorge des UN-Generalsekretärs um eine Welt, aus dem Gleichgewicht geraten durch eine Verkettung von Krisen, die durch Straffreiheit, Ungleichheit und Ungewissheit vorangetrieben werden, wodurch die globale Stabilität und Solidarität bedroht und die kollektiven Bemühungen um die Wahrung der Grundsätze des Multilateralismus untergraben werden,

die schrecklichen Umstände *erfassend*, denen sich die Welt gegenüber sieht und die den UN-Generalsekretär zu seinem Appell an die internationale Gemeinschaft veranlasst haben, gemeinsam aktiv zu werden, um diese Krisen zu bewältigen, die Menschenrechte zu wahren und auf nachhaltige Lösungen hinzuarbeiten,

besorgt angesichts der Aushöhlung weltweiter Bemühungen um demokratische Werte und universelle Menschenrechte,

1. *bekräftigt* ihre unermüdliche Unterstützung für den Multilateralismus, sowohl durch das System der Vereinten Nationen als auch durch andere wichtige globale und regionale Institutionen, und ihr Eintreten für eine internationale Ordnung, die auf den Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen beruht, wie sie im Zukunftspakt niedergelegt sind;
2. *respektiert uneingeschränkt*, dass die Vereinten Nationen weiterhin Eckpfeiler des multilateralen Systems und der internationalen Zusammenarbeit bleiben, und *erklärt* ihre volle Unterstützung für ihre Mission durch eine intensiviertere Zusammenarbeit;
3. *hebt* die Schwere der Herausforderungen *hervor*, denen die Weltgemeinschaft sich gegenüber sieht: von einer wachsenden Zahl internationaler Konflikte über die Folgen des Klimawandels und die Gefahr von Pandemien bis hin zu weiteren globalen Bedrohungen wie Hunger und Ernährungsunsicherheit, die humanitäre Krisen um ein Vielfaches verschärfen;
4. *betont* die dringende Notwendigkeit einer gemeinsamen Reaktion, gespeist von einem erneuerten politischen Willen, in internationalem Maßstab zusammenzuarbeiten und Verantwortlichkeiten über geopolitische Grenzen hinweg zu teilen, um eine friedlichere Welt aufzubauen und für die jetzige und die nachfolgenden Generationen eine bessere Zukunft zu gestalten;

5. *fordert*, dass die internationale Gemeinschaft, einschließlich der IPU-Mitglieder, umfangreiche gemeinsame Anstrengungen unternimmt, um Folgendes zu erreichen:
 - (a) die vollständige Ablehnung willkürlicher Angriffe von bewaffneten Kräften auf die Zivilbevölkerung, an welcher Ort auch immer, insbesondere auf Rettungspersonal, Mitarbeiter des Gesundheits- und Bildungswesens sowie auf medizinische, Bildungs- und andere öffentliche Infrastrukturen, welche eine schwerwiegende Verletzung des humanitären Völkerrechts auf der Grundlage der Genfer Konventionen und ihrer Zusatzprotokolle darstellen;
 - (b) die Beendigung sexualisierter Gewalt, von Kriegsverbrechen gegen Frauen und Mädchen in internationalen und innerstaatlichen Konflikten; eine verstärkte Anerkennung der heimtückischen Auswirkungen geschlechtsspezifischer Diskriminierung und der Untergrabung der Rechte der Frauen sowie die Benennung dringend benötigter Abhilfemaßnahmen zur Bekämpfung dieser Phänomene;
 - (c) ein abgestimmtes Vorgehen zur Beendigung der schrecklichen Auswirkungen von Konflikten auf Kinder, die in nicht hinnehmbarem Maße Tod und Verletzungen im Krieg, Zwangsumsiedlung und Entführung, den Verlust von Bildung und wirtschaftlichen Möglichkeiten sowie die mutwillige Vernichtung ihrer Familien und größeren Gemeinschaften erleiden;
6. *bekundet* ihr uneingeschränktes Engagement,
 - (a) den Multilateralismus zu stärken, indem wir uns unermüdlich für die Aufrechterhaltung und Stärkung der multilateralen Rahmen einsetzen, die für die Bewältigung globaler Herausforderungen unerlässlich sind, einschließlich der Durchführung der notwendigen Reformen zur Gewährleistung der Legitimität und Handlungsfähigkeit des multilateralen Systems, wie z. B. die Erhöhung der Mitgliederzahl des Sicherheitsrates, um eine gerechte und ausgewogene Vertretung aller Regionen der Welt sicherzustellen, die Modernisierung des Instrumentariums der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung im Einklang mit der Neuen Agenda für den Frieden sowie die Neuordnung der internationalen Finanzinstitutionen;
 - (b) Gleichheit und Gerechtigkeit zu fördern, indem wir uns für Ernährungssicherheit und gerechten Zugang zu Ressourcen, einschließlich der Wasser- und Gesundheitsversorgung, einsetzen und uns bemühen, bestehende Gefälle zu überwinden, die Armut und Ungleichheit aufrechterhalten, um dafür zu sorgen, dass niemand zurückgelassen wird, insbesondere nicht die schutzbedürftigsten Mitglieder unserer Gemeinschaften, vor allem Frauen und Mädchen, Menschen mit Behinderungen oder ältere Menschen;
 - (c) die Klimakrise anzugehen, indem wir ehrgeizige Klimamaßnahmen im Einklang mit dem Pariser Abkommen verfolgen, in vollem Bewusstsein der Dringlichkeit der Lage, die sofortige und nachhaltige Anstrengungen zur Emissionsminderung und zur Förderung der Klimaresistenz erfordert, insbesondere durch finanzielle Unterstützung für die Entwicklungsländer;
 - (d) die Rechte aller Menschen zu verteidigen, indem wir uns für den Schutz und die Förderung der universellen Menschenrechte einsetzen und sicherstellen, dass die Würde und die Grundfreiheiten aller Menschen geachtet und gewahrt werden, auch indem das Vertrauen in die Integrität unabhängiger Kontroll- und Menschenrechtsinstitutionen wiederhergestellt wird;
 - (e) Maßnahmen gegen ungestrafte Völkerrechtsverbrechen zu fordern;
 - (f) Vertrauen wieder aufzubauen, indem wir gegen Falschinformationen in den sozialen und traditionellen Medien vorgehen und uns den neuen Herausforderungen stellen, die sich durch die rasanten Fortschritte bei der künstlichen Intelligenz und anderen Technologien ergeben;
 - (g) einen breit angelegten Dialog zu fördern, der vor allem die Verwundbarsten in unseren Gesellschaften einbezieht, um die globalen Perspektiven für eine Zusammenarbeit auf der Grundlage kollektiver Werte, gemeinsamer Ziele und Grundsätze im Interesse aller Völker zu verbessern;
7. *beschließt*, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass ein erneuertes Bekenntnis zur Sache des Multilateralismus und zu den kollektiven Bemühungen der internationalen Gemeinschaft im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer globaler Institutionen einen entscheidenden Schritt weg vom Rand eines geopolitischen Abgrunds darstellt, der von zunehmend gewaltsamen Konflikten, sozialer Ungerechtigkeit und wirtschaftlichem Niedergang geprägt ist und der ohne eine Kurskorrektur alle Länder bedroht;
8. *unterstreicht* die volle Relevanz der Gründungsprinzipien der IPU im 135. Jahr ihres Bestehens zugunsten des Strebens nach Frieden und Zusammenarbeit durch einen weltweiten parlamentarischen Dialog und *bekräftigt* ihr Engagement für eine Intensivierung der parlamentarischen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und anderen multilateralen Institutionen;

9. *hebt* die Verpflichtung der Mitgliedsparlamente *hervor*, dafür zu sorgen, dass die Gesetzgeber ihre jeweiligen nationalen Regierungen zur Verantwortung ziehen, dass sie die Charta der Vereinten Nationen in vollem Umfang respektieren, ihre Anstrengungen zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung verdoppeln und den kürzlich verabschiedeten Pakt für die Zukunft, der ebenfalls auf eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der IPU und den Vereinten Nationen abzielt, vollständig umsetzen;
10. *bekräftigt* ihr Engagement für die Verteidigung der Grundsätze des Friedens, der Menschenrechte, der Würde, der Gleichheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität und *bekräftigt* die Entschlossenheit der Mitgliedsparlamente, bei der Bewältigung komplizierter aktueller Krisen eine Schlüsselrolle einzunehmen, sich einmal mehr zu den Zielen und Grundsätzen des Multilateralismus zu bekennen und zum Aufbau einer widerstandsfähigeren, gerechteren und nachhaltigeren Welt zum Nutzen jeder Nation und der Wählerschaft aller Parlamentarier beizutragen.

12.3 Entschließung des Ausschusses für Demokratie und Menschenrechte: „Auswirkungen von künstlicher Intelligenz auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit“

von der 149. Versammlung der IPU einstimmig angenommene Entschließung (Genf, 17. Oktober 2024)

Die 149. Versammlung der Interparlamentarischen Union,

unter Bekräftigung des Völkerrechts, insbesondere der Charta der Vereinten Nationen, sowie *unter Hinweis auf* die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte,

in der Erkenntnis, dass die rasanten Fortschritte im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) bedeutende Chancen und Herausforderungen für die Menschheit mit sich bringen können, darunter auf die Menschenrechte, wobei diese je nach Land unterschiedliche Auswirkungen zeigen,

in Anerkennung der Tatsache, dass eine bessere Kenntnis und ein tieferes Verständnis von KI-Systemen eine Voraussetzung für sachkundige Debatten und fundierte Entscheidungen sind, einschließlich der folgenden Aspekte:

- (a) laufende Initiativen, die einen ausgewogenen, integrativen und risikobasierten Ansatz für die Steuerung von KI anmahnen, um eine offene, nachhaltige, gerechte, freie und sichere Zukunft für alle zu erreichen,
- (b) Methoden, mit denen KI-Systeme trainiert und bereitgestellt werden und das Potenzial haben, bestehende gesellschaftliche Vorurteile, Diskriminierung, Vorurteile und Ungleichheiten zu zementieren, sowohl innerhalb von Entwicklungsländern als auch zwischen Entwicklungsländern und stärker entwickelten Ländern,
- (c) die Art und Weise, wie die Verbreitung falscher oder irreführender Informationen sowie von Diskriminierung und Extremismus durch KI begünstigt werden kann, was zu Falsch- und Desinformation, Misstrauen und Online-Gewalt führt, aber auch, wie KI-gestützte geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen, einschließlich Frauen in politischen Ämtern, die Glaubwürdigkeit demokratischer Institutionen und Akteure untergräbt und den öffentlichen Diskurs und das Vertrauen der Gesellschaft vor beträchtliche Herausforderungen stellt,

im Bewusstsein, dass Fortschritte auf dem Gebiet der KI-Auswirkungen auf die Demokratie, die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit haben, u. a. durch die erleichterte Verbreitung von Fake News und Desinformation, die demokratische Institutionen untergraben, zum Extremismus anstacheln und das persönliche Recht auf Privatsphäre und Dateneigentum verletzen können, wovon Kinder, Frauen und Mädchen sowie Menschen mit Behinderungen unverhältnismäßig stark betroffen sein können,

gleichzeitig *in dem Wissen*, dass KI-Technologien, wenn sie auf verantwortungsvolle Weise entwickelt und nutzbar gemacht werden und für alle zugänglich sind, demokratisches Geschehen positiv beeinflussen können, u. a. durch die Stärkung der Rechenschaftspflicht und Erhöhung der Transparenz öffentlicher Einrichtungen, aber auch die Erleichterung der Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen,

unter Verdeutlichung des Risikos, dass KI zur Zunahme wirtschaftlicher Ungleichheiten in globalem Maßstab beiträgt,

in der Erkenntnis, dass ein inklusiver, verantwortungsbewusster, auf den Menschen ausgerichteter und evidenzbasierter Ansatz bei der Festlegung von Regeln notwendig ist, die die Risiken im Zusammenhang mit der Erstellung, Entwicklung, Bereitstellung und Nutzung von KI-Technologien mindern, um gerechte Ergebnisse politi-

scher Prozesse für die gesamte Welt sicherzustellen, einschließlich des globalen Südens und der Länder, die aufgrund von Ungleichheiten vor besondere Herausforderungen gestellt sind, wenn sie mit dem rasanten Tempo der KI-Entwicklung und -Einführung mithalten wollen,

unter nachdrücklichem Hinweis darauf, dass KI-Technologien, insbesondere generative KI, ohne die Berücksichtigung geschlechtergerechter Perspektiven, Daten und Entscheidungsfindung zu geschlechtsspezifischen Ungleichheiten sowie geschlechtsspezifischer Diskriminierung und Gewalt führen und diese aufrechterhalten und verstärken können,

in dem Bewusstsein, dass durch KI generiertes Deepfake-Material nachteilige Auswirkungen auf alle Frauen haben kann und dass diese Auswirkungen für Frauen in der Politik häufig dazu führen, dass sie zum Schweigen gebracht und aus dem öffentlichen und politischen Leben ausgeschlossen werden,

besorgt über den Mangel an umfassenden Gesetzen und Vorschriften für die verantwortungsvolle Entwicklung, Bereitstellung und Nutzung von KI-Technologie sowie über das langsame Tempo, in dem die Weltgemeinschaft diese Regeln entwickelt, und *unterstreicht* die Notwendigkeit von Transparenz und der Wahrung demokratischer Werte bei der Entwicklung von KI,

in Anerkennung der Bedeutung der Regulierung von KI, ohne dabei das Aufkommen verantwortungsvoll entwickelter und verwalteter Innovationen, die der Menschheit nützen, zu behindern,

in Sorge darüber, dass große Technologiekonzerne massive Lobbyarbeit betrieben haben, um Einfluss auf die Festlegung von Vorschriften zu nehmen, die in erster Linie ihnen zugutekommen, und somit ihre Kontrolle über Trainingsdatensätze und damit in der absehbaren Zukunft die technologische Entwicklung der KI zum Nachteil der globalen Gemeinschaft und der Wahrung von Persönlichkeitsrechten durchzusetzen, u. a. durch die Manipulation personenbezogener Daten, unethisches Unternehmensmarketing, sozial unverantwortliches Handeln und algorithmische Verzerrung, die bestehende Ungleichheiten und Diskriminierung verstärken,

in Anbetracht dessen, dass es in den einzelnen Ländern möglicherweise bereits Gesetze und Vorschriften in Kraft sind, die angepasst werden könnten, um die neuen Möglichkeiten und Herausforderungen im Zusammenhang mit KI bewältigen zu können, und dass bei jeglichen Vorstößen zur Regulierung von AI der Grundsatz der nationalen Souveränität anerkannt werden sollte,

darüber hinaus in Anbetracht zahlreicher internationaler und regionaler Initiativen zur Erarbeitung ethischer Standards und Regulierungsrahmen für KI sowie angesichts der Tatsache, dass derartige Initiativen einen Multi-Stakeholder-Ansatz verfolgen sollten, der in der globalen Gemeinschaft einen umfassenden Konsens sicherstellt,

die begrüßenswerten Bemühungen führender internationaler Organisationen *mit Beifall zur Kenntnis nehmend*, Parlamentarier und andere Akteure bei der Entwicklung von Regulierungsrahmen und -maßnahmen zu unterstützen,

1. *fordert* eine verstärkte internationale Zusammenarbeit, Kooperation und den Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen, um einen größtmöglichen Nutzen aus der KI zu ziehen und gleichzeitig die Risiken für die Menschheit zu mindern, unter anderem durch Initiativen zum Abbau von Ungleichgewichten in der technologischen Entwicklung zwischen den einzelnen Ländern;
2. *fordert* sofortige Maßnahmen zur Überwindung der Kluft innerhalb von Ländern als auch zwischen den Staaten in Bezug auf digitale Kompetenzen, Konnektivität und Infrastruktur, einschließlich der Beseitigung digitaler geschlechtsbezogener Barrieren und des Ausbaus der weltweiten Zusammenarbeit im Digitalbereich, als Voraussetzung für einen gerechten und inklusiven Zugang zu den Möglichkeiten der KI für alle;
3. *drängt darauf*, die Sichtweisen aller Länder dieser Welt in die Debatten über KI-Normen und -Rahmenbedingungen und sonstige Steuerungsmechanismen gleichberechtigt einzubeziehen, und *unterstreicht* gleichzeitig die unbedingt notwendige aktive Präsenz des globalen Südens;
4. *fordert* die Parlamente *auf*, bei der Erarbeitung bzw. Pflege solider rechtlicher Rahmenbedingungen und politischer Maßnahmen zur verantwortungsvollen Entwicklung, Bereitstellung und Nutzung von KI-Technologie wirksam und transparent vorzugehen und in diesem Sinne an der Entwicklung globaler Normen und Rahmenbedingungen mitzuwirken;
5. *empfiehlt*, dass diese rechtlichen Rahmenbedingungen Anforderungen an Transparenz und Aufklärung bei der Umsetzung von KI-Systemen vorsehen sollen, die Rechenschaftspflicht der öffentlichen und privaten Stellen, die diese Systeme einsetzen, untermauern und Opfern, deren Rechte durch KI-Technologie verletzt werden, Rechtsmittel an die Hand geben;

6. *ersucht* die Parlamente, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, akademischen und Forschungsgruppen bestehende Gesetze und Vorschriften vor allem dahingehend zu überprüfen, ob durch die Fortschritte von KI-Technologie keine Schlupflöcher im Hinblick auf den Schutz von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und staatlicher Souveränität entstehen;
7. *fordert* die Parlamente *nachdrücklich auf*, der Vorbeugung und Abschaffung jeglicher Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt und Diskriminierung, die durch künstliche Intelligenz erzeugt oder begünstigt werden, Vorrang einzuräumen und entsprechend zu reagieren, einschließlich einer besseren Moderation von Inhalten, zugänglichen und wirksamen Meldemechanismen und der Einrichtung von Verfahren zur Entfernung rechtsverletzender Inhalte;
8. *fordert* die Parlamente *auf*, im Hinblick auf eine stärkere Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in die Entwicklung von KI-Rechtsvorschriften und politische Maßnahmen zu fördern, die darauf abzielen, den Zugang von Mädchen und Frauen zu Bildung, Karriereentwicklung und Führungspositionen in den Bereichen Wissenschaft, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik zu ermöglichen und zu verbessern;
9. *ersucht* die Parlamente, dafür zu sorgen, dass Fortschritte im Bereich der KI nicht dazu führen, dass in Trainingsdaten und Algorithmen enthaltene Verzerrungen zum Fortbestehen von Diskriminierung beitragen;
10. *fordert nachdrücklich* gesetzgeberische Maßnahmen, um die Erstellung und Verbreitung von Deepfake-Intimbildern zu verhindern, in der Erkenntnis, dass die meisten dieser Inhalte pornografischer Natur sind und in unverhältnismäßig hohem Maße auf Frauen und Mädchen abzielen, sowie um die Verbreitung anderer KI-generierter Inhalte zu verhindern, die Hassreden verbreiten oder zu Gewalt, einschließlich geschlechtsspezifischer Gewalt, aufstacheln;
11. *fordert* die Entwicklung, Bereitstellung und Zugänglichmachung neuer und bestehender Instrumente, um Menschen dabei zu helfen, die Herkunft und Authentizität von KI-generierten Bildern und Inhalten nachzuprüfen, den Datenschutz einzuhalten und den Missbrauch von persönlichen Informationen und Daten zu verhindern;
12. *fordert* die Parlamente *auf*, KI-Systeme zu fördern, die die sprachliche und kulturelle Vielfalt fördern, schützen und bewahren, und dabei sowohl in ihren Trainingsdaten, als auch über den gesamten Lebenszyklus des KI-Systems hinweg die Mehrsprachigkeit berücksichtigen;
13. *fordert* die Parlamente *nachdrücklich auf*, Debatten rund um KI einen hohen Stellenwert einzuräumen und dafür zu sorgen, dass sich ihre politischen Antworten im Einklang mit den Fortschritten in der KI-Technologie weiterentwickeln, um sicherzustellen, dass diese Antworten dem Wohl der Menschheit dienen und die Grundsätze nachhaltiger Entwicklung fördern;
14. *fordert* die Parlamente *auf*, ihre Fähigkeit zu stärken, sich proaktiv mit den rasanten technologischen Fortschritten, insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz, auseinanderzusetzen, u. a. durch Schulungsprogramme für Abgeordnete und Mitarbeiter, die Einrichtung von Fachgremien, innovative Formate für den politischen Dialog mit Fachkreisen und der akademischen Welt, dem Privatsektor und allen weiteren Akteuren sowie durch Plattformen für eine verstärkte interparlamentarische Zusammenarbeit und den Austausch von Wissen, bewährten Verfahren und Lösungen auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz;
15. *fordert* die Erarbeitung wirksamer Strategien zur Bewältigung der Auswirkungen von KI auf den Arbeitsmarkt, einschließlich Bildung, Ausbildung sowie Auffangmaßnahmen für die Folgen der Automatisierung in bestimmten Branchen und zur Unterstützung betroffener Menschen;
16. *fordert* die Parlamente *nachdrücklich auf*, mit ihren Regierungen zusammenzuarbeiten, um die Bürgerinnen und Bürger für die Auswirkungen der KI auf Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und demokratische Prozesse zu sensibilisieren;
17. *fordert* eine verstärkte und kontinuierliche Aufklärung und den Aufbau von Kapazitäten in Bezug auf den Einsatz und die Risiken von KI, auch für Parlamentarier, um mit den rasch voranschreitenden technologischen Entwicklungen Schritt zu halten;
18. *fordert* die Parlamente *auf*, ihre Bemühungen zu beschleunigen, um gegen Verletzungen des Datenschutzes vorzugehen, die durch den Einsatz inakzeptabler KI-Praktiken verursacht werden, wie z. B. KI-gestützte Überwachung und biometrische Kategorisierungstechnologie bei unbegründeter politischer Überwachung und Sammlung persönlicher Daten, die die Grundrechte und individuellen Freiheiten der Bürger bedrohen und dadurch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schwächen;

19. *fordert* die Parlamente und die Interparlamentarische Union *nachdrücklich auf*, sich gegen eine Entkopplung von Datensätzen und KI-Modellen auf internationaler Ebene einzusetzen, um Zensur und die Abschottung einzelner Systeme zu verhindern und KI so inklusiv, kulturell offen und differenziert wie möglich zu gestalten;
20. *verweist* auf die Notwendigkeit einer unabhängigen KI-Forschung, die von hohen ethischen Standards geprägt ist;
21. *fordert* die Förderung nachhaltiger Forschung und Entwicklung im Bereich der künstlichen Intelligenz, einschließlich Innovationen zur Bewältigung globaler Herausforderungen in Bezug auf Menschenrechte, insbesondere in den Bereichen Epidemieprävention, Verbesserung der öffentlichen Gesundheit, Bildungsentwicklung und Eindämmung des Klimawandels;
22. *fordert nachdrücklich* die Verbesserung der Transparenz und der Rechenschaftspflicht beim Einsatz von KI durch die Festlegung von Standards, die die Unternehmen in die Pflicht nehmen, ihre Datennutzung und ihre Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit KI-Anwendungen offenzulegen;
23. *fordert* die Entwicklung spezifischer Cybersicherheitsstandards für KI, um Systeme vor Cyberangriffen zu schützen und die Sicherheit personenbezogener und sensibler Daten zu erhöhen;
24. *ersucht* die Interparlamentarische Union angesichts der entscheidenden Rolle der Parlamente beim Erreichen der international vereinbarten Verpflichtungen im Bereich der künstlichen Intelligenz, die Modalitäten für die Leistung eines parlamentarischen Beitrags zu den Prozessen rund um die KI in multilateralen Organisationen zu sondieren;
25. *fordert* die Parlamente und die Interparlamentarische Union *nachdrücklich auf*, ihre Aktivitäten weiterhin auf die verantwortungsvolle Entwicklung, Bereitstellung und Nutzung von KI auszurichten, unter anderem durch Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten und die Herstellung von Beziehungen zu einschlägigen globalen Initiativen als wichtiges Ziel ihrer Arbeit.

12.4 Appell des Ausschusses zur Förderung der Achtung des humanitären Völkerrechts

angenommen vom Rat der Interparlamentarischen Union auf seiner 214. Sitzung (Genf, 17. Oktober 2024)

Der Ausschuss zur Förderung der Achtung des humanitären Völkerrechts, dessen vorrangige Aufgabe im Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten besteht und der internationale, humanitäre und regionale Organisationen dabei unterstützt, allen Menschen auf diesem Planeten eine helfende Hand zu reichen, ruft die internationale Gemeinschaft im Rahmen der Sitzungen der Interparlamentarischen Union auf, Druck auf die Konfliktparteien in Israel, im Libanon und im Gazastreifen auszuüben, um das Gespenst eines offenen Krieges in der Region abzuwenden, dem niemand entkommen würde.

Die Ausweitung des Konflikts, die Unterbrechung der Öllieferungen über das Mittelmeer und den Persischen Golf nach Europa und die Eintrübung der Weltwirtschaft werden uns alle betreffen. Wir rufen daher alle dazu auf, Zurückhaltung zu üben und sich nicht in Kriegshandlungen hineinziehen zu lassen.

Wir appellieren an alle, das humanitäre Völkerrecht zu achten und sich für dessen Einhaltung einzusetzen, denn wir alle haben uns als Nationen darauf verständigt, daran gebunden zu sein. Die Achtung des humanitären Völkerrechts bedeutet, dass alle Zivilisten geschützt werden müssen und nicht Ziel eines Angriffs sein dürfen. Zu den Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts gehören die menschenwürdige Behandlung von Gefangenen und die Freilassung von Geiseln.

13 Reden der Delegationsmitglieder

13.1 Rede des Abgeordneten Axel Schäfer (SPD) am 15. Oktober 2024

Was für ein Zufall, dass ich direkt nach der russischen Delegation sprechen kann: Bis 2021 war ich für den Europarat für die Überwachung der Einhaltung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland zuständig, und die Partnerstadt meines Wahlkreises Bochum ist Donezk, eine Stadt, die nun im Mittelpunkt des Konflikts steht. Russlands brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine und Kyjiw verstößt nicht nur gegen das Völkerrecht, sondern ist auch eine riesige Schande für die gesamte internationale Gemeinschaft.

Wir sind uns einig – so hoffe ich zumindest – dass der wichtigste Aspekt dieser internationalen Veranstaltung darin besteht, dass sie überhaupt stattfindet, immer wieder. Wir sind uns bedauerlicherweise nicht einig, ob nationale Interessen das Wichtigste für jedes Land sind. Ich glaube nein. Erinnern wir uns: Die IPU gibt es nur, weil

für uns der Frieden das Wichtigste auf der Welt sein sollte. Seit Gründung unserer Organisation haben zweimal in der modernen Geschichte große Kriege stattgefunden, sie hatten Schlachtfelder auf fünf Kontinenten, aber sie beginnen immer nur zwischen zwei Ländern.

Heute sprechen wir von einer Weltkrise. Aber in vielen Ländern wird Politik gemacht, als sei nicht der Weltfrieden das Entscheidende, sondern das eigene nationale Interesse. Warum? Die heutige Situation ist mit nichts vorher zu vergleichen:

1. 56 Kriege zur selben Zeit gab es noch nie.
2. 115 Millionen Flüchtende auf dem Globus auch zu keiner Zeit.
3. Eine nie dagewesene Klimakrise steht kurz vor dem Kipppunkt.
4. Wir erlebten eine Pandemie in einem Ausmaß wie zuletzt vor hundert Jahren – und ihre Wiederholung ist gewiss ungewiss.
5. Digitalisierung als Beschleunigung fast aller Bereiche, besonders durch die künstliche Intelligenz, die von vielen in ihrer Auswirkung mit der Kernspaltung verglichen wird. KI kann zu einer Atombombe unseres Zusammenlebens werden.

Die Verbundenheit dieser Probleme hat auch zur Folge, dass einzelne Lösungen von einzelnen Ländern illusionär und unreal sind.

Wir Deutsche haben in unserer Verfassung die Verpflichtung: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und dem Menschen von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa, dem Frieden der Welt zu dienen“. Diese Staatsräson ist eine Lehre aus unserer Geschichte: Deutschland hat die entscheidende Verantwortung für die zwei Weltkriege und die schlimmsten Menschheitsverbrechen. Aus der Barbarei haben wir eine Konsequenz gezogen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das gilt für alle Menschen in jedem Land überall auf der Welt. Dazu möchte unsere Delegation ihren Beitrag leisten.

13.2 Rede des Abgeordneten Ulrich Lechte (FDP) am 16. Oktober 2024

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, seit der 146. Versammlung der IPU in Bahrain im März 2023 hat sich die humanitäre Lage in Krisenländern wie Afghanistan, der Ukraine, Syrien, dem Südsudan und dem Jemen verschlechtert.

Die Zahl der Flüchtlinge weltweit hat sich innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums von 60 Millionen auf 120 Millionen verdoppelt.

Diese dramatische Entwicklung unterstreicht, dass die internationale Gemeinschaft dringend handeln muss.

Der Bedarf an Unterstützung, beispielsweise durch die UN-Flüchtlingsagentur (UNHCR), ist seit 2020, als mehr als 80 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht waren, enorm gestiegen. Für 2024 wird ein Etat in Höhe von 10,6 Milliarden Dollar benötigt, das ist fast doppelt so viel wie vor ein paar Jahren. Trotz hoher Geberbeiträge gab es 2023 beim UNHCR eine Finanzierungslücke in Höhe von 55 Prozent. Beim Welternährungsprogramm (WFP) betrug die Lücke im selben Jahr 60 Prozent.

In einem komplexen Umfeld, in dem sich Prioritäten und Bedürfnisse schnell verändern, benötigen UNHCR und WFP eine flexible und rechtzeitige Finanzierung, um dort zu helfen, wo der Bedarf am dringendsten ist.

Wir alle wissen, dass die Vereinten Nationen und humanitäre Organisationen dort am stärksten sind, wo ihnen genügend Raum zum Handeln gegeben wird.

Deutschland leistete 2023 seinen Beitrag, indem es 436 Millionen Dollar für den UNHCR und 1,2 Milliarden Dollar für das WFP zur Verfügung stellte, wodurch es zum zweitgrößten Geberland weltweit wurde.

Wir können jedoch nicht garantieren, dass wir in der Lage sein werden, dieses hohe Engagement in Zukunft aufrecht zu erhalten.

Ich appelliere daher an die wirtschaftlich starken Länder, ihr Engagement für die humanitäre Hilfe und den Kampf gegen den Hunger beträchtlich zu erhöhen.

Diese Verantwortung darf nicht auf ein paar Ländern wie den USA oder Japan allein liegen, sondern sie erfordert globales Handeln. Jede Krise, die wir heute ignorieren oder aussitzen, wird in Zukunft zu einer teuren globalen Katastrophe führen.

Die Auswirkungen von Ressourcenknappheit sind bereits klar: Weniger Kinder gehen zur Schule, die Frühverheiratung von Mädchen nimmt zu. Die Armut steigt und sorgt für Perspektivlosigkeit unter jungen Menschen, was Migration, Kriminalität und Ausbeutung, um Lebensmittel zu erhalten, anheizt.

Die internationale Gemeinschaft muss dringend handeln. Die G20-Nationen und die starken Volkswirtschaften müssen Infrastrukturen wieder aufbauen, die Landwirtschaft unterstützen, Bildung bereitstellen und Arbeitsplätze schaffen, um diese Herausforderungen zu bewältigen.

Dies ist der einzige Weg, wie wir Armut und humanitäre Krisen wirksam bekämpfen und den sozialen Zusammenhalt ganzer Gesellschaften gemeinsam stärken können.

Vielen Dank!

13.3 Rede des Abgeordneten Nicolaus Zippelius (CDU/CSU) am 16. Oktober 2024

Sehr geehrte Frau Präsidenten, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die globale digitale Kluft ist nicht nur ein technologisches Problem - sie ist eine soziale und wirtschaftliche Kluft, die an die eigentliche Substanz der Gesellschaft geht. Für mehr als 2,7 Milliarden Menschen weltweit liegt ein verlässlicher Zugang zum Internet noch immer in weiter Ferne, was sich negativ auf ihr Potenzial für Innovation, Bildung, Gesundheit und Handel auswirkt.

Um dieses Potenzial auszuschöpfen, sind viele Voraussetzungen nötig, zuallererst jedoch die Bereitschaft aller Staaten, einen freien, offenen und sicheren Zugang zum Internet bereitzustellen. Eine wachsende Zahl von Ländern zensiert jedoch Online-Inhalte, die nicht ihrem eigenen politischen Narrativ oder ihrer Ideologie entsprechen. Viele schränken sogar den Zugang ihrer Bevölkerung zum gesamten Internet ein und beschränken somit nicht nur ihre Freiheit, sondern auch ihre Entwicklungschancen. Hier bei der IPU sind wir schon einen Schritt weiter: Wir diskutieren nicht über den grundsätzlichen Zugang zum Internet, sondern auch zu sehr viel neueren Technologien wie der künstlichen Intelligenz, die die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der Staaten in den kommenden Jahrzehnten prägen wird.

Ich rufe Sie alle, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auf, sich bewusst für die Umsetzung der Entschließung „Auswirkungen von künstlicher Intelligenz auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit“ einzusetzen, da ein klares Bekenntnis zu den Menschenrechten immer die Grundlage für technischen Fortschritt sein muss.

Um dies zu erreichen, sind internationale Verantwortung, Austausch und Beratung von entscheidender Bedeutung, weshalb ich mit großer Sorge beobachte, wie insbesondere autokratische Staaten bewusst entschieden haben, ihren Datenzugriff und die Entwicklung von KI von der internationalen Gemeinschaft abzukoppeln. Diese eingeschränkten KI-Modelle sind definitionsgemäß weniger kulturell differenziert, anfällig für Propaganda, und sie unterminieren die kooperative Natur dieser Technologie. Ich rufe alle meine Kolleginnen und Kollegen auf, einen offenen, internationalen Austausch über diese Themen zu unterstützen und allen protektionistischen Tendenzen einiger der hier anwesenden Staaten entgegenzutreten.

Vielen Dank.

